



Grüne und UWG befürchten Beförderungen aus Gefälligkeit

Antrag der UWG Übach-Palenberg, um Macht von Bürgermeister kurz vor seinem Abtritt einzuschränken. Trotz geheimer Abstimmung keine Mehrheit.

VON MICHÈLE-CATHRIN ZEIDLER

Übach-Palenberg Ein Versuch der UWG Übach-Palenberg, die Macht von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch (CDU) bis zu seiner Amtsausscheidung im Herbst zu beschneiden, ist gescheitert. Die UWG befürchtet, dass Jungnitsch noch kurz vor seinem Ausscheiden in seinem direkten Umfeld Gefälligkeitsbeförderungen und Gefälligkeitseinstellungen vornimmt. Dieser Eindruck habe sich in der UWG durch einen Briefwechsel von Grünen-Chef Frank Kozian und dem Bürgermeister aufgedrängt.

Kozian hatte vom Bürgermeister in Zeiten der Krise Zurückhaltung gefordert. Seiner Meinung nach sei davon auszugehen, dass die Öffentlichkeit irritiert reagieren werde, wenn man sich in Zeiten der Krise einen „Schluck aus der Pulle“ genehmigt. Insbesondere im Jahr des Ausscheidens des Bürgermeisters hinterlasse dieses Vorgehen ein Geschmäckle.

Die UWG wollte nun wiederum in der Ratssitzung am Dienstag mit einem entsprechenden Antrag die Ausübung des sogenannten Rückholrechtes beschließen. Für die im Haushaltsjahr 2020 noch durch den Bürgermeister vorgesehenen Neueinstellungen ab Entgeltgruppe zehn und Beförderungen ab Besoldungsgruppe A zehn wäre dann dem Rat die Beratung und Entscheidung vorbehalten gewesen.

„Wenn sie mir hier und heute versprechen, bis zu den Kommunalwahlen keine Neueinstellungen und Beförderungen mehr zu beschließen, ziehen wir unseren Antrag zurück“, bot UWG-Vorsitzende Corinna Weinhold zu Beginn der Diskussion an. Doch darauf wollte sich Jungnitsch auf keinen Fall einlassen, schließlich handele es sich dabei um ureigene Befugnisse des Bürgermeisters. „Ich mache nichts, was nicht rechtens ist. Es geht alles seinen ordentlichen Gang“, betonte Jungnitsch.

Immer wieder habe es zudem von Seiten der Opposition die Forderung gegeben, die Mitarbeiter im Rathaus personell zu verstärken: „Mein Mandat läuft noch bis zum letzten Tag, und ich lege nicht schon ein halbes Jahr vorher meine Füße auf den Schreibtisch.“

Jungnitsch hatte vorab auch den Städte- und Gemeindebund NRW um eine rechtliche Stellungnahme in der Sache gebeten. Demnach könne der Rat aufgrund seiner Allzuständigkeit auch das Rückholrecht bei Geschäften der laufenden Verwaltung anwenden. Allerdings finde die Allzuständigkeit des Rates und damit auch der Rahmen des

Rückholrechtes dort seine Grenzen, wo ureigene Befugnisse und Zuständigkeiten des Bürgermeisters betroffen sind. Aus diesem Grund würden das Organisationsrecht, dienstrechtliche Entscheidungen oder die gesetzliche Vertretung der Gemeinde als ureigene Aufgabe des Bürgermeisters auch bei diesem bleiben. „Ihr Antrag ist inhaltlich also unzulässig, da das von ihnen beabsichtigte Rückholrecht sich auf eine originäre dienstrechtliche Kompetenz des Bürgermeisters beziehen“, führte Jungnitsch aus. „Sollte dieser Antrag dennoch eine Mehrheit finden, muss ich ihn aufgrund der Rechtswidrigkeit beanstanden.“

Doch davon ließ sich Weinhold nicht abschrecken. Da sie vermutete, dass auch einige Christdemokraten ihre Befürchtungen teilen, beantragte sie eine geheime Abstimmung. Für diesen Vorschlag hoben sechs Ratsmitglieder die Hand. Da damit der notwendige Anteil von einem Fünftel der Stimmen erreicht war, begannen zwei Mitarbeiterinnen der Verwaltung mit dem Aufbau der Wahlkabine.

„Kein Verständnis“

Offiziell zeigte sich die CDU allerdings empört über den Antrag. „Wir haben dafür kein Verständnis“, so Gerhard Gudduschat. „Die UWG hat dem Stellenplan zugestimmt. Damit hat sie dem Bürgermeister einen Handlungsspielraum vorgegeben, in dem er sich nun auch bewegen darf.“ Natürlich habe die UWG dem Stellenplan zugestimmt, allerdings könne der Bürgermeister Beförderungen und Neueinstellungen auch seinem Nachfolger überlassen, so der Standpunkt von Corinna Weinhold: „Wir sagen ja nicht, dass es keine Beförderungen mehr geben soll. Nur eben nicht mehr von diesem Bürgermeister.“

Gerade in der aktuellen Zeit sieht sie darin ein falsches Signal: „Die Bevölkerung hat kein Verständnis dafür. Viele Familien sind von Kurzarbeit betroffen, und auch die Gemeinde wird Corona finanziell zu spüren bekommen. Jetzt ist es an der Zeit, den Gürtel eher enger zu schnallen.“ Doch am Ende konnte sie mit ihren Argumenten nicht die Mehrheit der Ratsmitglieder überzeugen. Der Antrag wurde mit 15 Nein- sowie zehn Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

„Wenn ich der Argumentation im Rat folgen darf, dann bedeutet die Zustimmung der UWG zum Haushalt automatisch Beförderung? No matter what?“, kommentiert Frank Kozian die Diskussion im Nachgang. Gerade erst habe der Geilenkirchener Kämmerer eine Schätzung der Belastungen für die Haushalte abgegeben. Demnach sei die jetzige Krise in den Städten auch in den nächsten 50 Jahren finanziell noch spürbar. „Kaum scheinen wir haushalterisch über den Berg, hat die Mehrheitsfraktion im Wahljahr die Spendierhosen an“, mahnt Kozian.

07.05.2020 / Geilenkirchener Zeitung / Seite 11 / GEILENKIRCHEN [/2.0/#/read/az-c1/20200507?page=10&article=82859969]